

Resolution

Gesetzliche Regelung zur diamorphingestützten Behandlung von Opiatabhängigen

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Frankfurter Konferenz zu einer integrierten Drogenpolitik fordern den Deutschen Bundestag auf, endlich den Weg für eine gesetzliche Regelung zur Heroinvergabe an Schwerstopiatabhängige frei zu machen und dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, u.a. zu zustimmen.

Der Modellversuch in sechs deutschen Großstädten hat eindeutig bewiesen, dass die kontrollierte Abgabe von Diamorphin an Schwerstabhängige einer Methadonvergabe überlegen ist. Sowohl beim Gesundheitszustand der Patientinnen und Patienten, beim Beikonsum anderer Drogen als auch bei der Senkung der Kriminalitätsrate konnten signifikant bessere Ergebnisse erzielt werden als bei einer Medikamentierung mit Methadon. Der Modellversuch wurde als Medikamentenstudie konzipiert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sah aus diesen Gründen keinen Hinderungsgrund mehr für die Zulassung von Diamorphin als Medikament zur Behandlung Schwerstabhängiger, sollten die gesetzlichen Regelungen erfolgen.

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz, halten es für ethisch nicht vertretbar, eine als wirksam erwiesene Therapie suchtkranken Patientinnen und Patienten vorzuenthalten. Die kontrollierte Vergabe von pharmazeutisch hergestelltem Heroin stellt für eine Gruppe von Schwerstabhängigen, die über andere Therapieformen nicht mehr erreicht werden können oder die in einer Substitutionsbehandlung gescheitert sind, die einzige wirksame Therapie dar. Gerade für die Gruppe langjährig Opiatabhängiger, die unter erheblichen gesundheitlichen Belastungen, sozialer Verelendung, Mortalitätsrisiko und Kriminalitätsbelastung leiden, stellt die Behandlung mit Heroin zumeist den einzigen Weg dar, den Teufelskreis der Drogenbeschaffung und -sucht zu durchbrechen. Die überwiegende Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Modellversuches konnten in weiterführende Suchthilfeprogramme vermittelt werden oder sogar in die Abstinenz entlassen werden. Fast alle Patientinnen und Patienten, die sich noch in Behandlung befinden, haben mittlerweile eine Wohnung. Einige konnten sogar in Arbeit vermittelt werden.

Die Diamorphinvergabe an eine geringe Anzahl von Schwerstabhängige ist drogenpolitisch sinnvoll und muss gesetzlich geregelt werden. Vor allem große Städte leiden unter den Folgen aus Obdachlosigkeit, Kriminalität und Verelendung. Die Diamorphinvergabe ist ein sinnvolles Element in der Drogenhilfe, um diese besondere Belastung von Großstädten zu mindern.

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses, fordern deshalb den Deutschen Bundestag auf, endlich seiner Aufgabe nach zu kommen und eine gesetzliche Regelung zur Vergabe von Diamorphin an Schwerstabhängige zu beschließen.